

den und schließt somit die kapitalistischen Staaten zu tragen haben. Diese Pöken im Innern des Unternehmertums auf ein Minimum zu beschränken, ist in dieser Situation das Hauptbestreben aller kapitalistischen Regierungen, daher der fortgesetzte Druck auf die Arbeitslosenunterstützungen, Renten usw.

Daneben läuft das Bestreben der Kapitalistenverbände der verschiedenen Länder, sich durch Einführung von Zöllen den Innenmarkt vor ausländischer Konkurrenz zu sichern. Zölle aber gestatten ihnen, im Inlande die Preise hochzuhalten, und neu zu erfinden somit wiederum die Lebenskosten der breiten Massen. Nationale Hemmnisse kennen die Kapitalisten hierbei nicht.

Durch Einführung und Erhöhung von Wollsteuern im die kapitalistischen Regierungen auch darüber hinaus alles, um die arbeitende Klasse möglichst weitgehend zu entlasten.

Alle diese angeblichen Maßnahmen zur Überwindung der Krise, welche zwar zweifellos wirken, aber vom Kapitalistenstandpunkt aus zwangsläufig sind, werden heute in fast allen kapitalistischen Ländern auf dem Wege der Umgestaltung durchgeführt. Dort wo die demokratisch-parlamentarische Staatsform zu ihrer Durchführung nicht hinreichend Sicherung bietet, ist sie ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt, und zur offenen oder „demokratisch“ trübseligen Diktatur geformt worden. Und dieser ganze Prozeß, das alles ist „Faschismus“. Hierbei offenbart er seinen Klassencharakter.

Hierin zeigt es sich zugleich, daß zwischen dem Faschismus in den verschiedenen Ländern höchstens Gradunterschiede aber keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen. Je nach der ökonomischen Struktur eines Landes und der hieraus ergebenden Situation des Klassenkampfes, sind die zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung angewandten Methoden verschieden. Die Maßnahmen aber, welche zur Abwehr der Krise durchgeführt werden, sind überall die gleichen.

Wenn man nun unter diesem Gesichtspunkt die Maßnahmen, die im „Mutterlande des Faschismus“ zur Überwindung der Krise getroffen worden sind, oder werden, mit den Maßnahmen Brünings vergleicht, so ergibt sich eine fast verblüffende Übereinstimmung.

In Italien folgte einer 12prozentigen Lohnkürzung eine 5prozentige und dieser eine 10prozentige. Außerdem wurden durchgeführt: Neue Industrie- und Kohlenzölle, Herabsetzung aller Verbrauchssteuern, Erhöhung der Getreidezölle und Erhöhung der Umsatzsteuer von 1/4 auf 2/5 Prozent. „Kann“, kann man da bloß sagen, diese Politik kennen wir doch auch? Denn was ist denn der Inhalt der Brüningschen Notverordnungen? „Scheitliche“ Lohnsenkung, „scheitliche“ Abbau der Sozialpolitik, Ankerstrafsteuer oder Einschränkung politischer Rechte, Einführung von Sondergerichten (Schlichtergerichte) zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, Einführung von Wollsteuern und Zöllen, Erhöhung der Umsatzsteuer bei gleichzeitiger Ermäßigung der Verbrauchs- und Ankerstrafsteuer bestehender Tarifverträge. Zugegeben: Mussolini ist Brünning zeitlich einige Wochen voraus, er braucht keine politischen Rechte mehr einzuschränken, weil es keine mehr gibt, er braucht keine Sondergerichte mehr einzuführen, weil sie schon längst bestehen. Das ist aber auch der ganze Unterschied zwischen dem System Mussolinis und dem System Brünings, und wenn es das Interesse des deutschen Kapitalismus erfordert wird, wird auch dieser Unterschied beseitigt werden, wenn die Arbeiterklasse nicht auf dem Posten ist.

Ein weiterer Unterschied besteht aber doch noch zwischen beiden Systemen. Mussolini muß sich zur Durchführung seiner Maßnahmen auf seine Willigen, seine Ausnahmegerichte und auf den Apparat des faschistischen Staates stützen, während Brünning keine Maßnahmen zur Rettung des deutschen Kapitalismus mit der Unterstützung der Sozialdemokratie durchführen kann. Er kann sich hierbei sogar einer „parlamentarischen Mehrheit“ rühmen, die hinter ihm steht.

Über seine Notverordnungen tragen das Gepräge des Faschismus in Inhalt und Form. Wir erleben seit zwei Jahren in Deutschland die Umwandlung der demokratischen Herrschaftsform der Bourgeoisie in die faschistische, ohne daß die Nationalfaschisten an der Ausübung der Staatsmacht beteiligt gewesen wären. Ist also der Fortschritt der Entwicklung zum Sozialfaschismus, den die Kommunisten den hinter Brünning stehenden SPD-Führern machen, noch unübersehbar?

Es vor einem Jahre noch bezeichnete die Sozialdemokratie als einen Haupterfolg ihrer Politik, daß ihr gelungen sei, das Tarifrecht und die Sozialversicherung unverletzt zu erhalten. Was ist hiervon noch übrig geblieben? Die Notverordnungen vom Juni und Dezember brachten schwere Eingriffe in das Tarifrecht und in die Sozialpolitik.

Dennoch ist die gesamte Parteipresse und -literatur auf den Ton eingestellt, den faschistischen Charakter der Brüningschen Notverordnungen zu verneinen und sie als demokratische Abwehrmaßnahmen darzustellen.

Toni Sender bringt es sogar fertig, zu behaupten, in der Notverordnung vom 8. Dezember sei „ein sozialistisches Prinzip“ zum Siege gelangt. Sie schreibt im Januar-Mitteilungsblatt der SPD unter Bezugnahme auf die fast unmißverständlich gebliebene Fides- und Mietsenkung, mit welcher diese schlimmste aller bisherigen Notverordnungen verbrämt war: „Damit ist wohl zum Ausdruck gekommen, daß wir bereits in ein Stadium der Entwicklung gelangt sind, da der Fortbestand von Wirtschaft und Gesellschaft nur dann möglich ist, wenn das Allgemeinwohl über das private (seitgedruckt im Mitteilungsblatt 6. Red.) gestellt wird. Das ist gewiß ein für uns ermutigender Sieg eines großen sozialistischen Prinzips.“

Mit dem Karzollismus solcher Beschwichtigungsbotschaften verliert die SPD-Presse und SPD-Literatur ihre Wirklichkeit den wahren Stand der Dinge zu verleiern. Es sind wertvolle Kräfte und gewaltige revolutionäre Energien, welche sie damit bindet. Die „Eiserne Front“ ist ein Versuch, die in der SPD-Arbeiterschaft vorhandenen revolutionären Kräfte, welche nach Betätigung drängen, in Kanäle abzuleiten, in denen sie nutzlos verfließen.

Und die Haltung der SPD zur Präsidentschaftswahl beweist nichts anderes als die Dokumentierung der Bindung der Kraft der SPD-Arbeiter an die Interessenvertreter des Klassenfeindes, die Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft muß beiden Gruppen der Bourgeoisie, die doch im Grunde die gleiche Klasse haben — Jägersburg wie Hindenburg — als Klasse entgegen treten. Aber diese Grundbedingung des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus verleugnet, ist weder Marzitt noch Sozialist, sondern ein Schlepptier der Bourgeoisie. Das historische Verdienst der kommunistischen Partei ist es, daß sie sofort und ohne Zögern dem Kuhhandel entgegen trat durch Komminierung eines roten Arbeitersolidarität. Das anzuerkennen werden heute, da der Parteivorstand der SPD sich offen für den Generalfeldmarschall Hindenburg einsetzt, hunderttausende SPD-Arbeiter bereit sein müssen.

Genossen, laßt euch ehrlich gemeinte Treue zur Partei und eure Parteizucht nicht zur Untreue an der Arbeiterklasse umschlagen. Betrachtet den Ruf der kommunistischen Arbeiter zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Kampf um Lohn und Brot nicht als „kommunistisches Theater“, sondern als den ersten Willen der Kommunisten, mit euch gemeinsam ein freies sozialistisches Deutschland zu erkämpfen. Nur für ein solches Ziel wollen und dürfen wir unsere ganze Kraft, unseren ganzen Kampfwillen einbringen, wenn wir unserer Klasse und dem Sozialismus treu bleiben wollen!

Mandschurei zum „unabhängigen Staat“ unter Oberherrschaft Japans proklamiert

Ein neues Aufmarschgebiet zur Intervention gegen die Sowjetunion

Tokio, 18. Februar 1932. (Sig. Drahtber.)

Heute wurde die Mandschurei zum „unabhängigen Staat“ von Japans Gnaden proklamiert. Die Tatsache der Bildung einer mandchurischen Regierung durch Japans Kreaturen ist die Krönung des japanischen Raubzuges in Nordchina.

Mit Zustimmung aller imperialistischen Mächte hat Japan die Mandschurei vollständig an sich gerissen. Damit ist das kriegerische auserkannwichtige Japan zum unmittelbaren Nachbar der Sowjetunion geworden. Die mandchurischen Provinzen sind Sowjetgrenze. Der Verlust japanischer Vorkriegsmilitärs, in die sowjetrussischen Betriebe in Mandschurien einzudringen, zeigt, welchen Kurs Japan in dem neu gebildeten Kaiserreich einschlagen will.

Der Hauptschlag der Intervention der Mandschurei ist die Schaffung eines Aufmarschgebietes zur Intervention in der imperialistischen Ränber gegen die Sowjetunion. Heber Strecken von vielen Hundert Kilometern können sie gegen die Sowjetunion marschieren. Die Bildung der japanischen Regierung in der Mandschurei ist ein Alarmsignal für das internationale Proletariat, seine Anstrengungen zur Verhinderung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion zu verstärken.

SPD-Arbeiter treten in die KPD ein

In allen von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlungen zeigte es sich, daß die sozialdemokratischen Arbeiter über die Zustimmung ihrer Parteiführer zur Hindenburgkandidatur empört sind. In Diskussionen äußern sie ihren Unwillen und erklären, daß die Wahl Hindenburgs für sie nicht in Frage kommt.

Die große Entrüstung ist, zeigt die Diskussion in einer Abteilung bei Seidel u. Numanen, wo hundestreu Sportler, die lang in allen Fragen mit der SPD-Politik einverstanden waren, erklärten, wie stimmen für den Kandidaten der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann. Die Stadtleitung berichtet, daß in zwei Tagen vier sozialdemokratische Arbeiter ihren Eintritt in die KPD erklärten.

Wenn unsere Genossen und alle Väter der Arbeiterklasse kameradschaftlich mit den SPD-Arbeitern an Hand des neuen Klassenbegriffs die Rolle der SPD aufzeigen, so muß es uns gelingen, die sozialdemokratischen Arbeiter als rote Wähler zu gewinnen und als Mitglieder der kommunistischen Partei in die aktive Kampffront einzureihen.

Reichswehr bei Augusts Beisehung!

Der Tod des Erlönigs wird zur Reaktionsdemonstration ausgenutzt

Der ehemalige König von Sachsen, Friedrich August von Wettin, ist einem Schlaganfall erlegen. Er starb im 67. Lebensjahr als schwerreicher Rittergutsbesitzer in Sibirienort.

Die „Republik“ der Ebert, Bau, und Stadnauer, hat ihm, dem Monarchen, einen anderen Lebensabend gewährt, als sie es den Millionen proletarischen Opfern des Krieges und der Arbeit, den Witwen und Waisen der Arbeiterklasse, den Kleinrentnern und Kleinrentnern und den Erwerbslosen zubilligt. Millionen wurden dem ehemaligen Königshaus nachgeworfen, dessen Mitglieder bis auf weiteres nicht als „verloren“ hind. Es zulezt war August von Wettin einflussreicher Befürworter aller Jugendveranstaltungen, veranstaltete Jagdpartien, ritt täglich zu „Freundschaftsbesuchen“ bei denen es nie trocken herging, kurz und gut, er lebte als würdiger Ehrenbürger dieser Republik, für die die „Eiserne Front“ Leid und Leben der SPD-Arbeiter opfern will.

Das alles brauchte man nicht zu erzieren, würde nicht die Aufmachung der Todesnachricht durch die schweifswedende Feuilletpresse, die nach Hundert die falsche Hand des toten Herrn legt, deutlich zeigen, daß die Reaktion die Beisehung August zu einer großen politischen Demonstration benutzen will.

Wie die Dresdner Nachrichten heute melden, soll die Dresdener Reichswehr an der Beisehung teilnehmen. August soll als Generalfeldmarschall der wilhelminischen Armee mit allen militärischen Ehren der Armee der „Republik“ zu Grabe getragen werden. Gleichzeitig plant man die öffentliche Aufbahrung des Leichnams in der sächsischen Hofkirche.

Es handelt sich also um die Vorbereitung einer faschistischen Demonstration, die offenbar unter dem Protektorat und mit Unterstützung der republikanischen Organe vor sich gehen soll.

Gradnauer geht . . .

Die sächsische Gesandtschaft in Berlin aufgehoben

Mit dem Ende des Monats Februar fällt eine der wenigen sogenannten „Machtpositionen“ der sächsischen SPD. Die sächsische Gesandtschaft in Berlin wird aufgehoben und der berühmte Dr. Gradnauer, einer der impliziten Vertreter sozialdemokratischer Renegaten, tritt in den Ruhestand. Gradnauer ist Bernsteinsianer, Revisionist reifen Wassers von Anfang seiner Parteilaufbahn an gewesen, deshalb kam er auch rasch „vornwärts“. Vom Redakteur und Reichstagsabgeordneten im November 1918 zum Minister, dann Ministerpräsident, bereitete er der Koalitionspolitik in Sachsen den Boden vor. Später, als Reichsinnenminister, hand er an der Spitze der Einheitsfront der Stärkung der Machtpositionen der Bourgeoisie. Dafür wurde er schließlich mit dem sächsischen Gesandtenposten belohnt, als „andere Männer“ in die Arena des politischen Kuhhandels und der Reaktion traten.

Diese Gesandtschaftsfunktion hat Gradnauer unter allen Regierungen, von Jeuneur über Brüning bis Schick „treulich“ erfüllt. Er ist ein echtes Produkt sozialfaschistischer Entwicklung.

Die Angriffe der Rechten gegen ihn waren reine Konturengeheiß, da der gutgehabte Posten der anderen Fakultät ebenfalls geriet. Prinzipiell konnte kein Faschist etwas gegen die Praxis des Herrn Gradnauer einwenden. Das bestätigt ausdrücklich der Dresdner Anzeiger, indem er feststellt:

„Von der Rechtsopposition in Sachsen ist Gradnauer we-

Deutschland im Schlepptau Frankreichs

Genf, 19. Febr. (Sig. Drahtber.)

Heute wurden die deutschen Vorschläge zur Abrüstungskonferenz veröffentlicht. Sie enthalten die Forderung nach Gleichberechtigung aller Staaten bei der Beschaffung der Abrüstungsfrage. Deutschland schlägt das Verbot von schwerer Artillerie, von U-Booten, Luftkriegerzeugnissen und bakteriologischen Waffen vor.

Die ursprünglichen Pläne der deutschen Bourgeoisie, die Forderungen auf Abrüstung in Genf vorzubringen, sind nach dem brutalen Angriff des französischen Finanzkapitals fallen gelassen worden. Das letzte Programm der Brüningregierung enthält keinerlei ernste Kritik an dem französischen Vorschlag, der außerst aggressiv gegen Deutschland gerichtet ist, und u. a. die Auslieferung des gesamten deutschen Volkseinkommens an den Völkerbund fordert.

Die deutschen Vorschläge zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie es nicht einmal wagte, gegen den französischen Vorschlag zu sein und sich vollkommen im Schlepptau Frankreichs bewegt zu haben und gleichzeitig eine Abgabe an den einzigen christlichen Weltfriedensvorstand der Sowjet-Delegation.

Kräfig-Fällung in der Volkszeitung

Gestern, am gleichen Tage, da wir die verriehrten Antwort des Genossen Selbmann auf das freche und grobe Fällungs- und Betrugsmanöver des SPD-Abgeordneten Krähig drachten, veröffentlicht nunmehr auch die Dresdner Volkszeitung den Krähig-Fällungsbericht. Wir erklären nochmals, daß es sich bei den angeblichen „Fällungen“ aus Neben führender kommunisten ungenutztes um gemeine Fällungen handelt, die fordern den gemeinen Lügner und Betrugsmanöver Krähig öffentlich auf, durch sofortige Klageerhebung gegen uns seine Fällungsmanöver vor Gericht der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Hausfuchung im Jugendbüro

Wie wir bei Redaktionsschluss erfahren, fand heute statt eine politische Hausfuchung im Dresdner Büro der kommunistischen Jugendverbände statt. Als „Grund“ wurde angegeben, als daß die Polizei einmal „gründlich“ kontrollieren wolle. Offenbar steht diese Aktion im Zusammenhang mit dem neuen Grenz-Vorstoß gegen die revolutionäre Jugendbewegung.

Dresdner Erwerbslose machen mobil!

Am 23. Februar finden in Dresden über 100 Erwerbslose Demonstrationen statt. Stadteil 3 werden folgende Adressen: Restaurant Walther, Hofen, Hofgauer, Hoflingshaus, Albert-Beide, Untel Wille, Fiedel, Koberger, Hofhampel, Luisenburg, Aloungarten, Torarichauer, Hofhampel, Hofhampel.

Wo bleiben die anderen Stadteile mit ihren Demonstrationen?

gen keiner Eigenschaft als Sozialdemokrat die in die allererste Zeit schwer beklagt worden, ohne daß seine Führung in allgemeinen Anlauf zur faschistischen Kritik geboten hatte.“

Diese Bemerkung trifft den Nagel auf den Kopf. Die Durchführung des Sozialdemokraten Gradnauer war einwandlos der Standpunkt der Reaktionspolitik der Bourgeoisie aus.

Alle sächsischen und alle sozialreaktionären Abgeordneten die im Reichstag beschlossen wurden, fanden die Zustimmung des Herrn Gradnauer als des Beauftragten der reaktionären Sozialdemokratie. Die später erst offen zutage tretende Sozialdemokratie der sächsischen SPD-Klasse mit Schick und seinen Plänen wurde durch Gradnauer längst vorher betätigt und abgeschlossen. Deshalb hat Schick auch ruhig die Erreichung der Grenze der Herr Gradnauer abwarten lassen. Deshalb hat Herr Gradnauer keine Eigenwünsche auf den Weg gegeben. — Die sächsische Klassenbewegung der Arbeiterklasse mit Verachtung von dieser Gestalt sozialfaschistischer Herrschaft ab!

Als seinen Nachfolger im Reichstag nennt die Sozialdemokratie den Ministerialdirektor Scheinert Genf v. Hofhampel. Der Kurs bleibt derselbe: Reaktionskurve der Sozialdemokratie!